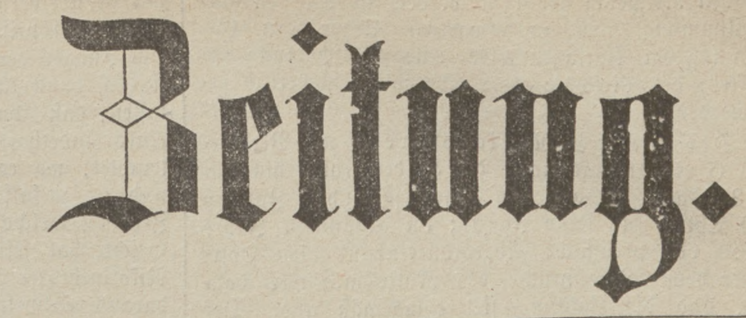
Donnerstag, den 21. September.

Thorner  

Nro. 223. Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. — Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — **Inserate** werden täglich bis 3 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die vierspaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 3 Pf. **1871.**

Vor einem Jahre.

21. September. Lünette 52 der Werke von Straßburg wird besetzt und zum Angriffe der davor liegenden inneren Festungswerke hergerichtet.

Tagesbericht vom 20. September.

Eine böhmische Nation! Prägnanter konnte die deutsch-feindliche Politik des Ministeriums Hohenwart nicht ausgedrückt werden, als dies in dem Böhmischen Landtage vorgelegten Gesetzentwurf über „die Gleichberechtigung der böhmischen (!) und deutschen Nation" geschehen ist. Zuerst läßt uns der Herr Graf eine neue Entdeckung machen. Wie das stolz klingt „böhmische Nation" und wie lächerlich, wenn man erwägt, daß, damit die Blüthe des slavischen Stammes, das edle Czechenvolk gemeint ist. Durch diese sogenannte Gleichberechtigungs-Erklärung wird das Interesse nicht blos des Deutschenthums, sondern überhaupt der Civilisation gefährdet. Die Masse der czechischen Rohheit wird das kleine Häuflein der Deutschgebildeten unterdrücken. Schon wagt der czechische Wahnsinn seine Hände an die durch Jahrhunderte gehegte Stätte deutscher Bildung, an die Prager Universität, zu legen. Die erste in Deutschland gegründete Universität soll künftig slavischen Utopien zur Pflanzstätte werden. Und Deutschland sieht der Vergewaltigung einer der ältesten Stätten deutscher Kultur ruhig zu; ja es scheint sie zu sanctioniren, indem es gleichzeitig sich zum einigen Bunde mit dem Unterdrücker vereinigt. Die Deutsch-Oesterreicher gehen aber muthig in den Kampf für ihre Rechte. All die inneren Parteistreitigkeiten, die sie seither trennten, sind geschwunden, und wie ein Mann schaaren sie sich zu Hauf um das deutsche Panier der Freiheit und des Rechts gegenüber dem Afterwesen römisch-slovakischen Knechtsinn's und dem Gesindel, das zu feige zu einer eigenen Meinung, immer der herrschenden Gewalt den Bedienten macht. Doch wenden wir uns ab von dem Staate, dessen jetzige Leiter die Grundsätze eines Joseph II. so ganz verleugnen. Eine wohlthunde Gewißheit nehmen wir mit fort: Deutsch-Oesterreich ist seines Deutschthums bewußt geworden.

Die katholische Partei, die so eben ihr großes Stelldichein zu Mainz mit einer großen Tafelei beschloß, bei der es an den herkömmlichen Trinksprüchen und Anheiterungen nicht fehlte, entwickelt eine außerordentliche Thätigkeit in ganz Deutschland, und man darf sich leider nicht verhehlen, daß sie bei der zum großen Theil herrschenden Unzufriedenheit in den unteren Ständen nicht an Terrain verloren hat. Der Grund dieser nicht wegzuleugnenden Erscheinung ist natürlich nicht allein in der Anerkennung der von Rom ausgehenden und vom katholischen Klerus energisch befürworteten geistlichen Lehren zu suchen, sondern in der Thatsache einer geschlossenen Opposition gegen die Regierungen und nationale Partei. Der Militarismus und die thatsächliche Unterstützung desselben durch jene Partei bilden den Ausgangspunkt der Angriffe der clericalen gegen die liberale Partei, womit sie die Massen zu ködern suchen. Daß die Ultramontanen mit dieser Agitation Zwecke verfolgen, welche auf einem ganz andren Gebiete als dem rein politischen zu suchen sind, ist selbstverständlich keinem unbefangenen Politiker verborgen; indeßen handelt es sich für die extremen Parteien, die Radikalen Sozialisten und Partikularisten nicht darum, die Herrschaftsgelüste der Klerikalen zu bekämpfen, sondern sich der Centrumsfraktion zur Bekämpfung des Schein-Konstitutionalismus und des flachen Liberalismus anzuschließen. Wer sich irgend auf das Wesen des Zeitgeistes versteht, kann sich durchaus nicht wundern, daß für die vermittelnden Parteien heutzutage die Chanzen außerordentlich ungünstig liegen; die Gegensätze, die zwischen dem Militarismus und dem politischen Radikalismus einerseits und zwischen der Kapitalsmacht und den arbeitenden Klassen andererseits herrschen, haben sich seit Beendigung des letzten Krieges so geschärft, daß eine Versöhnung, eine Vermittelung kaum denkbar ist. Diejenigen Politiker, welche sie gleichwohl versuchen, unterziehen sich einer sehr undankbaren Arbeit, denn die Massen, die für den ruhigen, steten Fortschritt kein Verständniß haben, für Schlagwörter dagegen weit empfänglicher sind, betheiligen sich jetzt an den Kämpfen unsres öffentlichen Lebens in einer Weise, wie dies nie geschehen ist, seitdem wir in die Arena des Konstitutionalismus eingetreten sind. Wer heute politische Erfolge erringen will, muß unbedingt mit den Massen, mit den nummerisch überwiegenden niederen Ständen rechnen. Will die liberale Partei nicht ganz und gar an Einfluß verlieren, so muß sie künftig eine andre Taktik befolgen, sie wird, da die politischen Fragen zum großen Theil durch die sozialen abgelöst sind, ihre Aufmerksamkeit in weit höherm Maße als bisher den sozialen Bestrebungen zuwenden müssen, oder sie müßte denn ganz und gar in das Lager der Gouvernementalen übertreten. Letzteres wäre für sie der Todesstoß, das Beharren auf dem rein politischen Gebiete wäre aber auch nichts weiter wie der Scheintod.

Deutschland.

Berlin den 19. Septbr. **Zur Zeitungssteuer.** Seit Jahren, so schreibt die N. Bad. Landesztg., hat das preuß. Abgeordnetenhaus die Aufhebung einer der verwerflichsten Steuern beschlossen, die es wohl geben kann — jener Zeitungssteuer, von welcher der jetzige volkswirthschaftliche Rath im Bundeskanzleramte, Otto Michaelis, einst emphatisch ausrief: Der Zeitungsstempel ist eines freien Staates unwürdig!", welchen selbst das hartbedrängte Frankreich wieder aufzurichten sich schämt, welchen Rußland als chikanös und verderblich verwarf, und welchen sogar die preußische Regierung dem Prinzip nach längst nicht mehr zu vertheidigen wagte, aber die Steuer blieb stets „aus finanziellen Gründen" bestehen. Jetzt strömen Millionen französischen Goldes in die Staatskassen zu Berlin, der Finanz-Minister weiß nicht, was er mit den Ueberschüssen anfangen soll — aber die Zeitungssteuer bleibt bestehen, Preußen u. Oesterreich werden sie unter sämmtlichen Staaten der Welt „Hand in Hand" allein conserviren; ein Preßgesetz für das neue deutsche Reich wird ausgearbeitet und dem Reichstage vorgelegt; aber, so berichten uns die Offiziösen, „die Zeitungssteuer hat mit dem Preßgesetz nichts zu thun und gehört nicht vor das Forum des Reichstags, sie ist eine preußische Einrichtung". Das Letztere haben wir nie bezweifelt, fügt das badische Blatt hinzu, denn so schöne Sachen findet man unter allen Ländern der Welt nur in Preußen und außerdem noch — in Oesterreich.

— **Vorlagen für den Reichstag.** Wenn sich alle Angaben über zu erwartende Vorlagen an den Reichstag, welche täglich in erweitertem Umfange die Zeitungen verkünden, erfüllen sollten, so würde eine mehrmonatliche Dauer der Session unvermeidlich sein; eine solche wird, der K. Ztg." zufolge, indessen von der Reichsregierung entschieden nicht beabsichtigt. Das genannte Blatt bemerkt hierzu: „Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Herbstsession des Reichstages lediglich dadurch nothwendig geworden ist, daß es in der ersten Session der Legislaturperiode durch die Verhältnisse nicht möglich war, bereits den Reichshaushaltsetat für 1872 vorzulegen, weshalb derselbe für die Herbstsession vertagt wurde. Wenn in derselben auch noch andere Gegenstände zur Erledigung gelangen, so werden es, wie man uns versichert, nur solche sein, welche einen längeren Aufschub nicht gestatten. Wir haben bereits mitgetheilt, daß das Rayongesetz und das Gesetz über die Bundesbeamten als solche

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Da der alte Rundschauer der „Kreuzzeitung" in neuester Zeit wiederholt sich hat hören lassen, so erachten wir es für zeitgemäß, daß die protestantische „Kirchenzeitung" ein Aktenstück reproduzirt, welches auf die bekannte vor mehr als 40 Jahren begonnene Denunciationsthätigkeit dieses Vorkämpfers der feudalpietistischen Partei hinweist. Es ist dies die im Februar 1830 an das damalige Kultusministerium gerichtete Schrift der hallenser Professoren Wegscheider und Gesenius, worin sie sich gegen die in der Hengstenberg'schen „Kirchenzeitung" gegen sie veröffentlichte Denunciation des damaligen Gerichtsdirektors von Gerlach und des Dr. med. de Valenti verwahren. Es heißt darin: „Es ist diese Anklage zwar von der Art, daß die darin gebrauchten niedrigen Kunstgriffe des Spionirens und des Aushorchens der Studirenden und der offene Zweck, die gleichviel ob durch Tod oder Sturz der Vorgänger, erledigten Lehrkanzeln auf Schulen und Universitäten möglichst bald mit Gliedern ihrer Partei zu besetzen, sich von selbst charakterisiren, und haben die Unterzeichneten in dem vollen Vertrauen, daß solche Gegner ihrem Rufe bei dem großem Publikum nicht schaden können, nicht nöthig gefunden, sich irgendwie vor demselben zu vertheidigen. Da indessen Frömmelei und Fanatismus in Verbindung mit Unwahrheit unsere Verdächtigung als Lehrer und Mitglieder der Prüfungskommission beabsichtigt, da durch einen so frechen, unter den Augen unserer Behörde geschehenen Angriff unsere eigene, sowie der ganzen Fakultät und Universität Ehre bedroht worden, und da es möglich wäre, ja die offene Absicht des Schreibers ist, daß seine Insinuationen bei den Höchsten und Allerhöchsten Personen Eingang u. Gehör finden möchten — calumniare audacter, semper aliquid haeret —: so glauben die Angegriffenen sich selbst schuldig zu sein, nach vorgängiger Darlegung des Sachverhältnisses, bei der Weisheit und Gerechtigkeit Eines hohen Ministerii um Schutz und Vertretung gegen solche Unbill zu bitten." —

Es folgt nun eine längere interessante Darstellung, wie die wissenschaftliche rationalistische Erklärung der Schriften des alten und neuen Testaments von Denuncianten als Verbreitung von Grundlehren des Unglaubens geschildert worden ist, und wie Herr v. Gerlach die Zurechtweisung der Hengstenberg'schen Blößen als einen frechen Spott über gläubige Lehrer angesehen hat. Sodann heißt es weiter: „Es hat der Geist der Frömmelei und des religiösen Separatismus seit Hiehersetzung des Gerichtsdirektors v. Gerlach und des Dr. med. de Valenti hier in einem solchen Grade um sich gegriffen, daß statt des früheren einen Konventikels deren nun drei gehalten werden, in welchen dann deren Emissarien unter den Studenten in allen Vorlesungen die Rechtgläubigkeit der Lehrer kontrolliren, in welchen jeder Handwerksmann über deren und der Prediger Geistlichkeit den Stab bricht, und derem finsteren Geiste jedes, selbst das unschuldigste Vergnügen (z. B. das letzte Musikfest) Gegenstand einer Anklage wird, bei welcher nur zu oft nicht die Wahrheit, sondern das Geklätsch der Konventikelmänner zum Grunde liegt." — „Wo wird man hinfort ein frisches und kraftvolles Gedeihen akademischer Studien für die nächsten Decennien erwarten dürfen, wenn die Männer, die aus Neigung wie aus Amtspflicht ihr ganzes Leben gelehrten Forschungen widmen, nun auf ihrer Hut sein müssen, ob auch dieses oder jenes Ergebniß die Kritik der sie umgebenden Conventikel passirt, ob es auch denen zusage, die ihre Theologie in Nebenstunden aus Traktaten und Missionsschriften schöpfen; und wenn nicht (was häufig genug der Fall sein muß), sich der Gefahr ausgesetzt sehen, daß das, durch lauernde Pietistenschüler Aufgefaßte und mit dem Anathema Belegte von den Wortführern derselben zu ihrer Verdächtigung und selbst Verdrängung bei den Behörden und dem Publikum benutzt werde? Sollten die wissenschaftlichen Forschungen der denkendsten Köpfe der Nation, sollten die großen Fortschritte des Jahrhunderts in Philosophie, Philologie, Kritik — alles in seiner Anwendung auf die Theologie dieser Partei gleich verhaßt — zuletzt um den Beifall eines pfäffischen, stolzen Pietistenhaufens buhlen müssen, oder an dessen Machinationen scheitern?" — — — „Ist es nicht in der That eines Jesuiten-Novizen würdig, wenn Dr. med. de Valenti eine Frau durch die Vorhaltung „„und wenn die ganze Stadt durch Feuer und Wasser untergehe, sein Haus allein würde verschont bleiben"", zum Beitritt zu seinen Versammlungen zu bewegen gesucht? oder wenn der Vorsteher des andern Konventikels, der Stellmacher Wagner, bei der Nachricht, daß ein Student seiner Partei wahnsinnig geworden, ausrief: „„Gottlob nun kann er nicht mehr sündigen!""? — — — Und was läßt sich endlich für das sittliche Leben erwarten, wenn eine gewisse Geringschätzung des sittlichen Elements in der heiligen Schrift öffentlich zur Schau getragen wird (auch Herr v. Gerlach redet von langweiligen sittlichen Vorschriften), wenn als Grundsatz gilt, „„je größer die Sünde, je größer die Gnade"", wenn man Personen von anerkannt schlechtem Rufe in den Versammlungen eine Rolle spielen sieht?" — — — Nun, man sieht, daß die alten Nationalisten Wegscheider und Gesenius gar wohl die Gefahren erkannten, die aus der Begünstigung dieser modernen Gläubigkeit erwachsen mußten. Vieles von dem als Befürchtung Ausgesprochenen ist wörtlich eingetroffen, und darum müssen wir die Veröffentlichung des Aktenstückes, aus dem wir nur die interessantesten Stellen mitgetheilt haben, so höchst zeitgemäß nennen.

Zur Frauen-Emanzipation.

Der „Frauenanwalt." Herausgeberin Jenny Hirsch (Berlin, 2. Jahrg. 6. Heft 1871), veröffentlicht folgendes beachtenswerthe ihm zugesandte Anschreiben: „Der nachstehende uns aus Thorn zugegangene Brief regt Fragen an, zu deren weiterer Erörterung wir unsere geehrten Freunde und Mitarbeiter veranlassen möchten; wir lassen ihn deshalb wortgetreu folgen:

Die Redaktion des „Frauenanwalts" erlaube ich mir im Interesse der Frauenfrage anfmerksam zu machen:

Gegenstände angesehen würden; aber selbst darüber, ob diese an den Reichstag gelangen werden, ist eine endgültige Bestimmung noch zu erwarten. Ueber den Gesammtumfang der Vorlagen wird eine Entscheidung vor der Rückkehr des Reichskanzlers überhaupt schwerlich getroffen werden."

— **Der hiesige Missionsverein** zur Verbreitung des Christenthums unter den Heiden erhielt bis zum Jahre 1869 aus Staatsfonds einen jährlichen Zuschuß von 500 Thlrn. für seine Zwecke; im genannten Jahre setzte jedoch das preußische Abgeordnetenhaus diese Position unter dem Widerspruche des Kultusministers vom Etat ab, und die Zahlung fiel demgemäß aus. Der Missionsverein beruhigte sich dabei jedoch nicht, sondern klagte die bisher bezogene Summe nebst Verzugszinsen gegen den Fiskus, vertreten durch das Kultusministerium, ein, wurde aber mit diesem Anspruch unterm 28. Februar d. J. vom Stadtgericht abgewiesen. Der Gerichtshof begründete das Urtheil damit, daß die Summe von 500 Thlr., welche früher durch die Munifizenz der preußischen Könige, der sogen. Jähnecke'schen Missionsgesellschaft und auf Grund neuer Bewilligung König Friedrich Wilhelm IV. seit dem Jahre 1841 an den gegenwärtigen Missionsverein bezahlt wurde, nur eine widerrufliche Unterstützung dieser Gesellschaft, ein Akt der Utilität und Benevolenz sei, aber keinen Rechtsanspruch begründe, wie schon daraus hervorgehe, daß die Auszahlung der Summe von einer jährlich wiederkehrenden Bewilligung abhängig sei. — Der klagende Verein erhob gegen diese Begründung Widerspruch und führte aus, daß durch die Kabinetsordres vom 14. Juli 1841 und 23. März 1842 der Gesellschaft die Berechtigung einer jährlichen Unterstützung von 500 Thalern zugesichert sei. Wenn eine alljährlich wiederkehrende Bewilligung dieser Summe durch das Abgeordnetenhaus in spätern Zeiten ausgesprochen werden mußte, so sei dies zwar konstitutioneller Usus, unter dem aber ein bereits vor Einführung der Verfassung erworbenes Recht nicht leiden könnne. — Das Kammergericht erkannte in dem gestern anstehenden Termine, entgegen dem Ausspruche des ersten Richters, nach dem Klageantrage und verurtheilte den Fiskus, dem Berliner Missionsverein alljährlich die Summe von 500 Thlrn., sowie die Verzugszinsen für die Jahre 1870 und 1871 zu zahlen. — Der Vertreter des Fiskus meldete sofort die Einlegung der Revision an, so daß das Obertribunal endgiltig darüber zu entscheiden haben wird, ob die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in Bezug auf die Etatstitel für die Regierung verbindlich sind oder nicht.

— **Durch die Zeitungen** geht heute die Notiz, mehre Spekulanten hätten mit den Direktoren unsrer Nikotin-Theater einen Kontrakt abgeschlossen, nach welchem Letztere gegen eine jährliche nahmhafte Summe sich verpflichten, in den Zwischenakten ihrer Vorstellungen mit Annonzen bedeckte Vorhänge fallen zu lassen, die von Zeit zu Zeit gewechselt werden. Merkwürdiger Weise knüpft daran ein hiesiges Blatt, dessen vielberufener Leiter in seiner Sozialreform-Wuth zur Zeit sich bemüht, dem Prudhon'schen Satz „Eigenthum ist Diebstahl" praktisch durchzuführen, die Drohung, das Publikum werde sich eine solche Profanirung nicht gefallen lassen. Du lieber Gott, was sich das Publikum nicht Alles nicht gefallen lassen soll! Auch wir sind der Ansicht, daß die Schauspielkunst nicht dazu da ist, als Medium zwischen Heringshändlern, Butterverfälschern ꝛc. und dem Publikum zu dienen; aber wenn sich das Publikum gefallen läßt, daß die Kunst benutzt wird, um in übelberüchtigten Lokalen straflos Bier und ungenießbare Speisen an den Mann zu bringen, und wenn sich Jünger der Kunst zu solchen Kommissionsdienst bereit finden, dann kann sich das Publikum auch schon gefallen lassen, daß ihm vom Proscenium der Bühne her statt eines sudelhaften, obscönen Bildes die Anzeige entgegenleuchtet, wo es seine Schuhe am billigsten geflickt kriegt und wo es falsche Haarzöpfe am billigsten kauft. Dieselbe Zeitung, welche sich heute gegen „diese Profanirung" ausspricht, hat seiner Zeit am eifrigsten für die Geburt der Nikotintheater gearbeitet; wenn sie sich jetzt nun vor den daraus entspringenden Konsequenzen graut, so zeigt sie eben nur daß Konsequenz nicht Jedermanns Sache ist.

— **Postverkehr.** Eine General-Verfügung des General-Post-Directors instruirt die Postanstalten wiederholt, bei der Annahme von Packeten mit verschärfter Aufmerksamkeit darauf zu sehen, daß, wenn zur Signatur sogenannte Fahnen ꝛc. zur Anwendung kommen, dieselben auch haltbar befestigt sind und daß im Allgemeinen die Sendungen deutlich und dauerhaft — möglichst per Adresse — signirt sind. Unregelmäßigkeiten in diesen Beziehungen, welche erfahrungsmäßig auf die Ordnung im Päckereibetriebe sehr störend wirken, müssen gegenwärtig um so mehr vermieden werden, als der beginnende lebhaftere Postverkehr eine besondere Sicherstellung nach allen Seiten hin dringend erfordert.

— **Fürst Bismarck** wird bereits heute Abend hier erwartet, er gedenkt sich, dem Vernehmen nach, ungefähr acht Tage hier aufzuhalten, um sich sodann noch auf einige Wochen nach Varzin zu begeben. In unterrichteten Kreisen will man wissen, daß der Fürst in Bezug auf die sozialen Verhältnisse der deutschen Hauptstadt, über welche ihm von hier aus fortlaufend sehr eingehend berichtet wurde, in mehrfacher Weise sich für eine Initiative zu tiefgreifenden Veränderungen ausgesprochen hat. Welcher Art dieselben sind, dürfte sich vielleicht schon in den nächsten Tagen zeigen. —

— **Was den Hauseinsturz** in der Oranienstraße anlangt, so dürfte sich die eingeleitete Untersuchung nicht allein gegen den bereits verhafteten Maurermeister Werder wenden, sondern auch noch zu einer Disciplinaruntersuchung gegen den Vorstand des betreffenden Polizeireviers Veranlassung geben, wodurch ein für allemal die Leichtfertigkeit bei Um- und Ausbauten abgestellt werden würde. Das Verfahren bei dergleichen Bauten war bisher fast durchgängig folgendes: Der Bauherr trug seine Wünsche dem Bauunternehmer vor, dieser fertigte darnach eine Situations-Zeichnung an und reichte sie beim Polizei-Präsidium behufs Erlangung des Bauerlaubnißscheines ein; im selben Augenblick begannen aber auch fast regelmäßig die Arbeiten. Waren diese nun derart, daß auf der Straße kein Bauzaun erachtet oder größere Mengen von Baumaterial oder Schutt auf der Straße abgeladen werden mußten, so wußte die Revier-Polizei von dem Bau gewöhnlich nicht eher etwas, als bis der Bau-Erlaubnißschein für den Bauunternehmer durch ihre Hände ging. Bemerkte trotzdem die Polizei-Patrouille den Bau, so beschränkte sie sich darauf, dem Polier die Fortführung der Arbeiten zu untersagen, welches Gebot denn auch so lange befolgt wurde, wie der Beamte sich auf der Baustelle befand, verließ er dieselbe, so traten Hammer und Kelle wieder in Thätigkeit. Ganz so verhielt es sich bei dem Unglücksbau in der Oranienstraße; um diesem Unfug aber ein für alle Mal ein Ende zu machen, ist dem Vernehmen nach gegen den betreffenden Polizeirevier-Vorstand die Disziplinar-Untersuchung wegen grober Pflichtvernachlässigung eingeleitet.

— Seitens der **Militärverwaltung** ist eine Inspection der festen Plätze in den neuen Reichslanden angeordnet und zu diesem Zwecke eine Deputation von besonders hervorragenden Ingenieuren zur Berichterstattung nach Elsaß-Lothringen abgeschickt worden.

— **Im Saale** des Englischen Hauses fand gestern Abend auf Einladung des Herrn Davidsohn, Redakteur des Börsen-Courier eine sehr zahlreich besuchte Versammlung von Besitzern Rumänischer Eisenbahn-Obligationen statt. Herr Justizrath Wiener übernahm die Leitung der Versammlung. Er theilte zunächst den Stand jener größern und Bagatellprozesse mit, welche gegen den Dr. Strousberg theils allein, theils im Zusammenhange mit seinen Mitconzessionären beim Stadtgericht angestrengt seien; die durch ihn vertretenen Prozeße haben eine Summe von 5000 Thlr. Zinsen, aus dem Januar-Koupon resultirend, zum Object. In den Bagatell-Prozeßen gegen den Dr. Strousberg persönlich angestrengt, haben Stadt- und Kammergericht, dieses als die letzte Instanz den Haupt-Konzessionär zur Zahlung der Zinsen verurtheilt. Ein Herr Werner Dahl vom Rhein hat gegen alle Conzessionäre beim hiesigen Stadtgericht geklagt, wogegen die verklagten Herzöge von Ujest und von Ratibor den Einwand erhoben, daß sie als württembergische Standesherren ein höheres Forum, als das hiesige Stadtgericht, hätten. Es wurde vorgeschlagen, durch Anstrengung größerer Prozeße eine Pression auf die Konzessionäre auszuüben. Daß diese hinwiederum auf die Rumänische Regierung influirten, wurde aus dem sehr richtigen Grunde abgelehnt, daß die Vermögensobjecte der Konzessionäre entweder kaum hinreichten, oder schwerlich sich dazu hergeben würden, die in die Millionen sich belaufenden Zinsen des Januar-Coupons zu decken. — Es wurde ganz korrekt betont, daß man es nicht mit der Konzession und ihren Vertretern, sondern mit der Obligation und den Zinsgarantien der rumänischen Regierung zu thun habe, da diese die Zinsen vom Tage der Emission der Papiere den Aktien-Inhabern ausdrücklich garantirt haben. Zu diesem Zwecke sei es nöthig, auf Grund eines Statuts einen „Berliner Verein von Besitzern 7½% rumänischer Eisenbahn-Obligationen zu gründen, ein Komité von 3 Mitgliedern einzusetzen, das die erforderlichen Schritte sofort zu thun, sich mit den andern Komité's in Verbindung zu setzen und mit der rumänischen Regierung die Ausgleichsverhandlung, zu welcher diese, neuesten Nachrichten zufolge, ja bereit sein soll, einzuleiten habe. Den Grundzügen des Statuts entnehmen wir, daß die 1000 Thlr. Obligationen habenden, sich verbinden können, um einem Repräsentanten die Wahrung ihrer Interessen zu übertragen. Diese Obligationen sind in der Redaction des Börsen-Couriers innerhalb 14 Tagen nach Nummern und Beträgen anzumelden. Mehr wie zehn Stimmen dürfen sich in einer Hand nicht vereinigen. Später und schriftlich Zutretenden bleibt unter Vorzeigung ihrer Obligationen der Zutritt offen gehalten. Als Komité-Mitglieder wurden durch Akklamation die Herren H. Davidsohn, Kaufmann Cäsar Wollheim und Werner Dahl gewählt.

— **Zur Errichtung einer deutschen Central-Eisenbahnbehörde.** Der soeben veröffentlichte Jahresbericht der Handelskammer von Frankfurt a. M. beschäftigt sich u. A. auch eingehend mit dem Eisenbahnwesen und bespricht namentlich die Nothwendigkeit der Errichtung einer deutschen Eisenbahn-Centralbehörde. Die Handelskammer sagt in dieser Beziehung Folgendes: „Indem wir einerseits die schwierige Lage des Eisenbahnbetriebes in der Kriegsperiode vollkommen anerkennen, sehen wir uns andererseits veranlaßt, auch zu constatiren, daß die Eisenbahnverwaltungen im Allgemeinen von einer sachgemäßen Auffassung ihrer Stellung als öffentliche Verkehrsanstalt dem handeltreibenden Publikum gegenüber nur wenig Beweise gegeben haben. Der Mangel an einheitlicher Organisation, an zweckmäßig in einandergreifenden Einrichtungen, an einer den kaufmännischen Anschauungen und Gewohnheiten entsprechenden, minder schwerfälligen Behandlung der Geschäfte, ferner das keineswegs in Folge des Krieges zur Erkenntniß gelangte Mißverhältniß des vorhandenen Betriebsmaterials zu dem stets wachsenden Güterverkehr und das Bestreben der Verwaltungen, sich jeder Haftverbindlichkeit zu entziehen, alle diese schon so häufig gerügten Uebel mußten deshalb auch in der eben durchlebten Kriegszeit schärfer hervortreten, als je zuvor. Eine einheitliche Organisation des gesammten Eisenbahnwesens durch Gründung einer besonderen Reichsbehörde für diesen Zweig der Verwaltung scheint uns daher ein unabweisliches Bedürfniß."

— **Ueber den Besuch des Kaisers und Königs in Freiburg** erhält der „Rchs.-Anzgr." nachstehende ausführliche Mittheilungen: „Se. Majestät trafen am 13. d. M., Abends nach 9 Uhr, in Begleitung Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden mittels Extrazuges in Freiburg ein. Freudenfeuer auf dem Schloßberg, Glockengeläute und Böllerschüsse verkündeten die Ankunft. Nachdem Se. Majestät im Bahnhofe durch die Spitzen der Staats- und Gemeindebehörden, sowie durch eine Abordnung des Ausschusses für die Gewerbe-Ausstellung begrüßt worden, erfolgte der Einzug in die festlich beleuchtete und geschmückte Stadt. Der Festzug — voran Festmarschall und Festordner zu Pferde, die Reichsfahne mit Festführer, dann Se. Majestät der Kaiser und Se. königl. Hoheit der Großherzog mit Gefolge und begleitet von den Empfangsdeputationen, hierauf die verschiedenen Vereine unter Vorantritt der Feuerwehrmusik, — bewegte sich nach dem großherzoglichen Palais. Die Mitglieder der Feuerwehr, der Liedertafel, der Concordia, des Vereins Frohsinn, des Turnvereins, des Gesellenvereins und des Arbeiter-Fortbildungsvereins bildeten mit farbigen Laternen vom Bahnhofe bis zum Triumphbogen beim Anfang des Rottecksplatzes Spalier. Ueberall auf dem ganzen Wege wurden die allerhöchsten und höchsten Herrschaften von den lebhaftesten Hochrufen des Volkes begrüßt. Vor dem großherzoglichen Palais trugen die Liedertafel und die Concordia Gesänge vor. Am 14., Vormittags 10 Uhr, hielten Se. Majestät der Kaiser eine Parade über die freiburger Garnison ab und besichtigten sodann von 10½ bis 1¼ Uhr die Gewerbeausstellung auf's Eingehendste. Sodann machten allerhöchst dieselben einen Besuch im Münster. Im Laufe des Nachmittags erfolgte die Abreise Sr. Majestat des Kaisers nach Baden-Baden."

— **Das Project** in Betreff der Anlage des Rhein-Main-Kanals zwischen Frankfurt a/M. und Mainz hat eine Aenderung seit der Gründung eines Deutschen Reiches dahin erfahren, daß der Kanal nicht mehr auf der rechten Seite des Main, sondern auf der linken also auf hessischem Gebiete gebaut werden soll. Die Handelskammer zu Frankfurt a/M. hat diese Absicht dem Handelsministerium mitgetheilt, welches gegen die Vorarbeiten, die man vornehmen lassen will, keine Einwendungen erhoben hat. —

— **Der Hauptmann v. Plötz**; der in der letzten Session des Reichstages so recht á propos, bei der Debatte über das Militär-Pensionsgesetz, die Theorie von dem größern Kapital an Ehrgefühl im Offizier aufstellte, und dabei vom Kriegsminister v. Roon lebhaft sekundirt wurde, ist nach dem Militär-Wochenblatt als Major pensionirt worden. — Es scheint darnach als hätte besagte Theorie vom höhern Ehrgefühl in höhern militärischen Kreisen nicht das richtige Verständniß gefunden.

— **Eisenbahnwesen.** Mit dem nun zur Wahrheit gewordenen Project der St.-Gotthardt-Eisenbahn, welches sich nach Bewältigung aller Schwierigkeiten bekanntlich dem Beginne seiner Ausführung naht, wird Deutsch-

---

1) auf die Instruction für die Stadtschuldeputation vom 26. Juni 1811, die auch jetzt noch Giltigkeit besitzt, und in der sich eine Bestimmung befindet, die vollständig in Vergessenheit gerathen zu sein scheint und doch sicher von unendlicher Wichtigkeit für die Mädchenerziehung und den Antheil der Frauen am Kommunalleben wäre; die betreffende Instruktion enthält nämlich eine Bestimmung, die wörtlich folgendermaßen lautet:

„§ 14. Bei der Aufsicht über die Töchterschulen werden die Schuldeputationen die verständigsten u. achtbarsten Frauen aus den verschiedenen Ständen zu Rathe ziehen, ihnen wesentlichen Antheil an Schulbesuchen, Prüfung und Beurtheilung der Arbeiten, der Erziehung u. Unterweisung geben, und die Hausmütter des Ortes auf alle Weise für die Verbesserung der weiblichen Erziehung zu interessiren suchen.

Sie dürfen deshalb zu den Schulbesuchen nicht immer dieselben Frauen einladen, sondern können darin abwechseln. Die Specialaufsicht über einige Mädchenschulen dürfen sie Frauen, welche vorzüglich Sinn und Eifer für Beförderung einer guten Erziehung an den Tag legen, übertragen, und sie zu Mitvorsteherinnen derselben ernennen."

2) daß es an der Zeit wäre, aus der „Verordnung über die Verhütung u. s. w. des Versammlungs- u. Vereinigungsrechtes" (dom 11. 3. 1850) die Aufhebung des Ausschlusses von Frauenspersonen" (die in einer Reihe mit Schülern und Lehrlingen genannt werden) aus politischen Vereinen zu erstreben, — daß es überhaupt den „Frauenspersonen" gestattet werde, sich wenigstens in Vereinen mit Gegenständen zu befassen, die als „politisch" bezeichnet werden. Es wäre z. B. nach den jetzt giltigen Bestimmungen den Frauen in Preußen, selbst wenn sie dies wollten, nicht einmal gestattet, einen Verein zu gründen, der sich die Erkämpfung des Wahlrechtes für Frauen zur Aufgabe stellen würde.

Hochachtungsvoll

Dr. Rakowicz.

land in eminenter Weise befähigt, den französischen Verkehrslinien nach Ostasien auf alle Dauer die wirksamste Concurrenz und den Transitverkehr Englands, speciell die Beförderung der britisch-ostindischen Ueberlandspost für immer sich eigen zu machen. Die Kriegsereignisse sind für Deutschland noch besonders zu statten gekommen; durch die Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen dürfte es befähigt worden sein, einen Weg für die englisch-ostindische Ueberlandspost herzustellen, wie man keinen kürzeren für lange Zeit auffinden wird. Zwischen Ostende und Brindisi, welche nunmehr von einer internationalen Commission als Ein- und Ausschiffungshäfen für die Ueberlandspost definitiv bestimmt sind, dürfte sich der kürzeste Weg über Brüssel, Namur, Luxemburg, Straßburg und Basel nach dem St. Gotthardt herstellen lassen. Zwar bietet sich bereits bis an den Fuß des St Gotthardt, bis Luzern am Vierwaldstädter See, auch dieser Strecke ein ununterbrochner Schienenweg dar, doch würde, wie man an unterrichteter Stelle annimmt, derselbe zwischen Luxemburg und Strassburg noch corrigirt und abgekürzt werden können, so namentlich durch den Bau einer directen Bahn zwischen Metz und Straßburg, welcher schon in der nächsten Zeit lediglich aus strategischen Gründen zur Ausführung kommen dürfte. Dieser neue, alsdann fast schnurgerade gelegte Weg von Ostende nach dem St. Gotthardt würde die beiden jetzt für Beförderung der Ueberlandspost sich darbietenden Wege über den Mont Cenis und über den Brenner weit hinter sich zurücklassen. Bekanntlich sind von den Aufsichtsbehörden genaue Ermittelungen darüber angestellt, wie hoch sich die Zahl der von den Eisenbahnverwaltungen bereits bestellten und demnächst zur Ablieferung kommenden Güterwagen belaufen wird. Nach der für die preußischen Bahnen angefertigten amtlichen Zusammenstellung beläuft sich dieselbe auf nahezu 10,000 Güterwagen, welche bis zum 1. August d. J. bereits in Bestellung gegeben und zum nicht geringen Theile bereits abgeliefert sind, während die durchschnitliche Mehrbeschaffung während der letzten 10 Jahre sich zwischen 4000 und 5000 Güterwagen jährlich beläuft. Für die Staatsbahnen sind noch weitere umfangreiche Beschaffungen eingeleitet. Wenn auch der herrschende Wagenmangel auf den Eisenbahnen durch diese Maßregeln in beruhigender Weise beseitigt wird, so ist es doch nicht möglich, dem augenblicklichen Bedürfniß so schnell abzuhelfen, als es den Wünschen des Publikums entspricht.

Ausland.

Italien. Garibaldi hat wieder die Feder ergriffen, um folgendermaßen an den Stadtrath von Turin zu schreiben: „Dem Municipium der erlauchten Stadt, welche die Wiege der italienischen Unabhängigkeit war, wenige, aber wahrhaftige Worte: Mit den Priestern — davon mögen meine Mitbürger sich wohl überzeugt halten — kann Italien keiner Macht dritten Ranges die Stirn bieten. G. Garibaldi. Caprera, 5. August 1871."

Provinzielles.

Conitz, 17. September. Ueber den Zeitpunkt der Eröffnung der Bahnstrecke Flatow-Conitz ist schon viel geschrieben worden, doch läßt sich bis jetzt noch nicht absehen, wann dieselbe dem Verkehre wird übergeben werden; jedenfalls kann dies nicht im Monate October geschehen, vielleicht Mitte November, sofern das Wetter günstig bleibt. Die Erdarbeiten auf der Strecke bis Rittel schreiten inzwischen rüstig vorwärts. Die Durchlässe und Brücken bis zur Brahe sind theilweise fertig. Auch an der Brahe-Brücke, welche auf 5 Pfeilern (2 Landpfeilern, 2 Uferpfeilern und einem Strompfeiler) ruhen soll, wird fleißig gearbeitet.

Danzig, den 17. September. In Folge des jahrelangen Petitionirens unserer Kaufmannschaft und der städtischen Behörden hat der Fiskus sich nunmehr entschlossen, 1,050,000 Thlr. für Verbreitung und Vertiefung unseres bisher höchst jämmerlichen Hafens zu bewilligen. Die Arbeiten, schon seit einiger Zeit in Angriff genommen, sollen volle fünf Jahre dauern; bis dahin wird der hiesige Handel sich noch in das Unvermeidliche fügen und größere Schiffe mit immensen Unkosten auf der Rhede ganz oder theilweise be- und entfrachten müssen. Am 15. d. ist unserm Magistrat unerwartet eine höchst erfreuliche Mittheilung zugegangen. Das Provinzial-Schulcollegium hat demselben angezeigt, daß es beabsichtige, in Danzig noch ein zweites Gymnasium, und zwar auf Staatskosten einzurichten und zu unterhalten. Das Provinzial-Schulcollegium erkennt an, daß unsere Commune schon sehr beträchtliche Opfer für das Schulwesen bringt, daß sie namentlich schon drei höhere Lehranstalten auf eigene Kosten unterhält, und daher für die weitern Bedürfnisse der Staat mit einzutreten habe. Der Bau des neuen Gymnasiums soll unverzüglich beginnen, wenn die städtischen Behörden sich, wie das nicht anders erwartet werden kann, bereit finden, den Bauplatz dazu unentgeltlich herzugeben.

Mit dem Vormittagszuge der Cöslin-Danziger Bahn kamen am Sonntag mehrere Arbeiter auf der Station Podangen an und lärmten in einer Weise, daß sie von dem dortigen Inspections-Assistenten Herrn Ritter zur Ruhe verwiesen werden mußten. Einer der Tumultuanten trat hierauf Herrn Ritter entgegen und versetzte ihm einen so starken Faustschlag vor die Brust, daß der Getroffene todt zu Boden stürzte. Der Unglückliche hinterläßt eine zahlreiche Familie. Der brutale Todtschläger ist bereits ergriffen und zur Haft gebracht worden.

Locales.

— **Das Dogma der Unfehlbarkeit des römischen Papstes vor dem Richterstuhle des Rechts.** Juridische Denkschrift. Ein Beitrag zum Verständniß des Rechts und zur Wahrung des Rechtsbewußtseins im Glaubensstreite. Von Theodor Körner. Thorn, 1871, Ernst Lambeck.

Diese sehr dankenswerthe Schrift, die man mit steigender Theilnahme lesen wird, ist von dem Geiste echter Toleranz (S. 10.) — bei hoher Wärme für die geistigen Güter des Menschen und der Menschheit zugleich von zartester Schonung jedes engeren Gesichtskreises — durchweht. In letzterer Beziehung heißt es S. 6: „wir rathen demjenigen, welcher im Glauben befriedigt, nicht dabei nach dem Rechte fragt, oder welcher die Unruhe in seinem Seelenheil, oder die Verantwortung vor seinen Kirchenoberen fürchtet, diese Schrift bei Seite zu legen, da sie für ihn nicht verfaßt ist." Nach der anderen Seite hin wird die Dogmatisirung der Unfehlbarkeit als ein Akt bezeichnet, „welcher tief in den von der Freiheit des Geistes getragenen Beruf des Menschengeschlechts einschneidet, — welcher insbesondere den Weltbürgersinn im deutschen Volke nach seiner ganzen geistigen Höhe in Anspruch nimmt." „Das Rechte" — heißt es S. 16. f. — „ist nichts Anderes als das vernünftige Produkt der Wahrheitserkenntniß mit der Wirkung nach außen, wie das Sittliche eben dasselbe mit der Wirkung nach innen; beides ist das Gebiet der sogenannten praktischen Vernunft. Was recht ist, muß demgemäß auch vernünftig sein; was aber unvernünftig ist, kann nicht recht sein, weil ihm die Quelle der Wahrheit fehlt. Der vernünftige Mensch ist frei; seine Freiheit als die Fähigkeit, die Ursache seiner Handlungen in sich selbst zu haben, schließt auch die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht im Glauben — im christlichen Sinne als den Umfang seiner Vorstellung von Gott als dem Urheber und Gesammtträger Alles dessen, was recht und wahr ist, in sich. Mag der Mensch diese Vorstellung aus einer Offenbarung oder Ueberlieferung oder aus eigener Denkkraft entlehnen, er ist frei in dem, was er sich davon zu eigen macht. Ja, auch in seinem Autoritätsglauben, — dem Glauben, welchen ihm Andere außer ihm vorstellen und vorschreiben, — ist er frei, wenn er ihn eben mit seinem Willen in sich aufnimmt und zu seiner Glaubensüberzeugung zu bringen vermag. Aber gegen seinen Willen oder gegen seine Glaubensüberzeugung kann kein Glaube im freien Menschen Platz finden. Jede Satzung, die solches bezweckt, ist ein Zwang, eine Verletzung der freien Rechtssphäre des Menschen, — seines Vernunftrechts." Zur Sache kommt die sehr sorgfältig gearbeitete Schrift zu dem Ergebniß: „Wenn man unbefangen das Verfahren prüft, welches bei der Entstehung des Dogma's stattgehabt, so erhält man den Eindruck, daß über die wichtigsten Fragen des inneren Lebens im vernünftigen Menschen mit einer Leichtigkeit hinweggegangen ist, die räthselhaft erscheint. (S. 28, f.) Die Bischöfe und Erzbischöfe haben — wozu sie gar nicht berechtigt waren, - auf ihr apostolisches Recht, ihre Gemeinden zu vertreten, zu Gunsten des Papstes verzichtet. Damit ist ihre Stellung dem Staat gegenüber eine unhaltbare geworden. So schwer es erscheint, dem Staate im Allgemeinen zu rathen, was er dagegen zu thun habe, so scheinen doch 3 Gegenstände: die Durchführung der obligatorischen Civilehe, der Civilstandsregister und der Staatsschule ohne konfessionellen Charakter als die nächsten Hauptaufgaben. (S. 47).

Auf ausführlicheres Eingehen muß hier verzichtet werden. Die Schrift zerfällt außer dem Vor- und Schlußwort in vier Abschnitte, welche 1. Staat und Religion, 2. das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit nach seiner Entstehung und seiner äußeren und inneren Berechtigung, 3. die Kompetenz des Konzils und 4. der Rechtsstaat und die katholische Kirche — überschrieben sind. Als Beilage giebt sie den Erlaß des bayrischen Cultusministers von Lutz, (München, 27. August 1871), dessen hohe Bedeutung sie anerkennt, ohne sich mit der Form desselben — „dieser deducirenden Breite mit Bedenken, Rechtfertigungen und Entschuldigungen einer Gesetzesverletzung gegenüber" — einverstanden zu erklären. Die Denkschrift des berühmten Professors Ritter von Schulte stimme in den Schlußresultaten im Wesentlichen mit denen des Verf. zusammen.

Sei denn die Schrift denkenden Lesern warm empfohlen. Sie ist klar und plan und giebt vielfältige, nicht immer schon bekannte Gesichtspunkte. Für uns hat sie außer ihrem eigenen Werth noch eine persönliche Bedeutung. Auch um ihretwillen drücken wir dem Verfasser scheidend die Hand und wünschen lebhaft, er möchte sein geübtes Auge auch einmal auf „den Kern des heiligen Vertrauens im Rechtsbestande des kirchlichen Bandes" (S. 52) der evangelisch-protestantischen Kirche lenken. Auch wir brauchen solche Kräfte. Gessel.

— **Selbstmord aus Hunger.** Während der „großen Woche" der Julirevolution lernte ein deutscher Theologe in Paris einen verwundeten Officier der Königsgarde kennen und bewährte sich als echter Nachfolger Jesu („Diener des Evangeliums") an dem unglücklichen Royalisten. Er nahm ihn sogar mit sich in die Heimath, wohin den barmherzigen Samariter ein Ruf als Geistlicher der evangelischen Gemeinde in Züllichau zurückführte. Hier scheint Dajozet, der kranke Major, gestorben zu sein und dem Prediger Schulz (eben jenem Wohlthäter) auch die Sorge für seinen verwaisten Sohn hinterlassen zu haben. Letzterer wurde zum Mechaniker ausgebildet und erhielt als Pflegesohn den Namen seines Versorgers. Unter diesem Namen lebte er hier in Thorn seit einiger Zeit als Graveur und Kupferstecher — Gewerbe, die an einem solchen kleinen Platz ihren Mann nicht ernähren können. Oft versuchte der Arme bittweis auf der Straße sich Kunden zu verschaffen. Sein schwächlicher Körper, sein feiner, beständig grübelnder Geist verhinderten jeden dauernden Erwerb durch gröbere Arbeit oder Dienstleistungen außer dem Hause. Die Töchter wuchsen heran, der gut erzogene Mann sah traurig ihrer Zukunft entgegen, die Frau, mit einem steifen Arm, konnte wenig - oft Nichts — durch Handarbeit verdienen. Die Verzweiflung und der Mangel an guter Gesellschaft brachten allmählich den ewigen Sorgenbrecher der Armen, — ihren letzten schlimmsten Tröster — den Alkohol — ins Haus. Der Mann und sein Hausstand verfiel immer mehr. Die Noth nahm oft so arge Dimensionen an, daß der nun häufig Kranke, im Bette liegend, Nahrung zu sich zu nehmen verschmähte, da er die Seinen nicht darben sehen wollte. Verzweifelndes Brüten ersetzte die verlorenen und die noch täglich abnehmenden Kräfte natürlich nicht. Da klagte er denn manches Mal seiner Frau: „Ach Mutter, wenn nur die Gedanken im Kopfe nicht wären! — Ach, wenn ich nur selbst etwas schaffen könnte, daß du nicht so ganz dich abmühst" u. s. w. — Ja, die Gedanken im Kopf! die nahmen bald eine bestimmte Richtung an! Ein Pistol und eine Uhr wurden dem geschickten Arbeiter zur Reparatur gebracht; sein Auge leuchtete auf — seine Energie kam zurück, wenigstens für einen fieberhaft raschen Entschluß! Er ließ sich noch einmal sein jüngstes Kind auf das Bett heben, streichelte, liebkoste es und fragte zärtlich: „Wirst Du Dich auch auf Deinen Papa noch besinnen, wenn Du groß bist?" Dann stand er mühsam auf und ging — sich Pulver zum Probiren des Pistols zu besorgen. Die Probe gelang. Er war erlöst. — Am 12. September wäre er 41jährig geworden, ein „Mann in den besten Jahren." Woran starb er? Eine Londoner Jury würde bei der Todtenschau sagen: „Selbstmord aus Hunger." Jetzt unterstützt man die Wittwe sammt ihren Waisen von Gemeindewegen und durch Vereinsmittel. Aber den Brunnen zudecken vor der Katastrophe? — — Die Staatspolizei liebt Präventivmaßregeln bei der Presse, bei Versammlungen und Vereinen, bei Reisen und Gewerben aller Art — nur ja nicht bei drohender Hungersnoth. Gegen Verzweiflung des Proletariats ist eben das einzige Präventivmittel . . . . die Polizei selbst.

Briefkasten.

Eingesandt.

Wer einen Begriff von richtiger Pestluft haben will, gehe Abends durch das Pauliner-Thor. Ein Strom Jauche fließt aus dem Innern des Thurms auf das Steinpflaster des Thores und verbreitet mephytische Dünste. Kann hier die Polizeibehörde nicht einschreiten.
Z.

Börsen-Bericht.

Berlin, den 19. September cr.

Fonds:	Schluß lebhaft.
Russ. Banknoten	$80\frac{1}{4}$
Warschau 8 Tage	$79\frac{3}{4}$
Poln. Pfandbriefe 4%	71
Westpreuß. do. 4%	$89\frac{5}{8}$
Posener do. neue 4%	$90\frac{1}{2}$
Amerikaner	$95\frac{7}{8}$
Oesterr. Banknoten 4%	84
Italiener	58
Weizen:	
Septbr.	80
Roggen:	weichend.
loco	$52\frac{1}{2}$
Septbr.-Octbr.	$52\frac{1}{2}$
Octbr.-Novbr.	$52\frac{1}{2}$
April-Mai	$52\frac{1}{8}$
Rüböl. Septbr.	$27\frac{11}{12}$
pro Octbr.-Novbr.	$27\frac{11}{12}$
Spiritus	fest.
loco	19. 15.
Septbr.-Octbr.	18. 23.
Octbr.-November	18. 8.

Getreide-Markt.

Thorn, den 20. September. (Georg Hirschfeld.)

Wetter: trübe. Mittags 12 Uhr 6 Grad Wärme.

Geringe Zufuhr. Preise nominell.

Weizen bunt 126—130 Pfd. 66—70 Thlr., hellbunt 126—130 Pfd. 70—74 Thlr., hochbunt 126—132 Pfd. 72 75 Thlr. pr. 2125 Pfd.

Rübsen mit 105—110 Thlr. pro 2000 Pfd. bezahlt.

Roggen, frischer 120—125 Pfd. 43—47 Thlr. pro 2000 Pfd.

Erbsen, Futterwaare 41—44 Thlr., Kochwaare 46—48 Thlr. pro 2250 Pfd.

Spiritus pro 100 Qrt. à $80\frac{1}{4}$ 16—$16\frac{1}{4}$ Thlr.

Russische Banknoten $80\frac{1}{4}$, der Rubel 26 Sgr. 10 Pfg.

Danzig, den 19 September. Bahnpreise.

Weizenmarkt: heute flau und gestrige Preise kaum behauptet, theilweise auch billiger.. Zu notiren: für ordinär rothbunt gut roth-, hell- und hochbunt 120—131 Pfd. und hell von 62—82 Thlr pro 2000 Pfd.

Roggen gedrückt, guter frischer zur Consumtion 120—125 Pfd. im Detail noch mit 48—$50\frac{1}{2}$ Thlr. pro 2000 Pfd. bezahlt, im Handel auch bis 1 Thlr. billiger.

Gerste, kleine 100—106 Pfd. von 43—$45\frac{1}{2}$ Thlr., große 108—110 Pfd. von 47—48 Thlr. pro 2000 Pfd

Erbsen, nach Qualität 47—49 Thlr. pr. 2000 Pfd.

Hafer nach Qualität frischer und alter von 35—40 Thlr. pro 2000 Pfd.

Rübsen träge, nach Qualität von 110 bis 112 Thlr. pro 2000 Pfd. zu notiren.

Raps behauptet, nach Qualität von 112 — 115 Thlr. pro 2000 Pfd.

Spiritus ohne Zufuhr.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 20. September. Temperatur: Wärme 5 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand: -- Fuß 11 Zoll.

Inserate.

Bekannten und Verwandten zeige ich hiermit tiefbetrübt an, daß mein Sohn **Gustav** heute Morgen, den 19. d. Mts. in einem Alter von 23 Jahren sanft entschlummert ist.

Um stille Theilnahme bittet

A. Kozłowski, Fleischermeister nebst Familie.

Die Beerdigung findet Freitag, den 22. d Mts., Nachmittags um 2 Uhr statt.

Freitag, den 22. d. Mts.
Vormittags 10 Uhr
werden auf dem Hofe der Gasanstalt
90 Centner altes Gußeisen,
18 Centner altes Schmiedeeisen,
20 Pfund altes Messing
an den Meistbietenden, gegen sofortige Baarzahlung verkauft.

Große Auktion.

Donnerstag, und Freitag, d. 21. und 22. d. M., von Vormittags $\frac{1}{2}$10 Uhr ab, werde ich im Hause Brückenstraße Nr. 18 für auswärtige Häuser verschiedene Schnittwaaren und ca. 300 Fl. Rothwein (Bordeaux) gegen gleich baare Bezahlung verst. **W. Wilckens,** Auctionator.

Auction.

Montag, den 25. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, sollen in dem Hause Elisabethstraße No. 85 und 86, 2 Treppen hoch, verschiedene Möbel, Haus- und Küchengeräthe öffentlich meistbietend verauctionirt werden.

Hiermit erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich Neust. Markt im Hause des Herrn **Pietsch** eine **Restauration** eröffnet habe. Für reelle Bedienung, Speisen und Getränke wird gesorgt werden. — Außerdem empfehle ich mein neues **französisches Billard** zur gefälligen Beachtung, ergebenst **Saworski.**

Geschäfts-Eröffnung.

Den geehrten Herrschaften Thorns und Umgegend beehre ich mich anzuzeigen, daß ich am 1. October d. J. eine

Putz- und Mode-Handlung

eröffne, und wird es mein **stetes Bestreben** sein, den geehrten Damen nur das Neueste und Geschmackvollste zu liefern.

Thorn, Brückenstraße 39.

Hochachtungsvoll

Elise Schneider.

Aufträge werden schon jetzt entgegengenommen.

Im Verlage von **Ernst Lambeck** in Thorn soeben erschienen:

Körner, Th.,

Das

Dogma der Unfehlbarkeit

des

römischen Papstes

vor dem Richterstuhle des Rechts.

Juridische Denkschrift,

ein Beitrag zum Verständniß des Rechts und zur Wahrung des Rechtsbewußtseins im Glaubensstreite.

Preis $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Homöopath. Verein.
Donnerstag, 21. Septbr., Abds. 8 Uhr bei **Hildebrandt.**

Meinen geehrten Gästen die ergebene Anzeige, daß ich mein

Geschäft

nach der

Baderstraße

in das Haus des Herrn **Braun** verlegt habe, und **Sonnabend, den 23. d. Mts.** eröffnen werde; ich werde bemüht sein, meine Kunden nach wie vor mit guten Speisen und Getränken zu bedienen und bitte um geneigten Zuspruch.

Gleichzeitig empfehle Königsberger, Grätzer und Bairisch-Bier vom Faß.

Welke sen.

Louis Horstig empfiehlt:
Frucht-Einmach-Essig á Qrt. 4 Sgr.,
Wein-Tafel Essig, à Qrt. 6 Sgr.

Die Preußische Boden-Credit-Actien-Bank in Berlin

gewährt unter sehr liberalen Bedingungen auf ländliche Grundstücke unkündbare und kündbare hypothekarische Darlehen und zahlt die Valuta in baarem Gelde.

Jede mündliche und schriftliche Auskunft wird auf Verlangen gern ertheilt durch **H. Findeisen.**

Kieler Speckbücklinge
bei **L. Dammann & Kordes.**

Täglich frische Milch
vom Dom. Bielawy zu haben bei
R. Neumann,
Seglerstraße Nr. 119.

Filzschuhe empf. **Grundmann,** Schülerstr.

Holl. Süßmilch-Käse — Edamer — Schweizer — Tilsiter Käse bei **A. Mazurkiewicz.**

Frische Bücklinge und Spick-Aale bei **A. Mazurkiewicz.**

Engl. Bisquits in 8 Sortiments empfiehlt **A. Mazurkiewicz.**

2500 Thlr., hinter 4000 Landschaft, werden auf ein Rittergut im hiesigen Kreise, als Hypothek gesucht. Offerten unter Chiffre **G. 20** in der Exped. d. Ztg. abzugeben.

Lehrling gesucht!

Zum 1. October cr., suche einen intelligenten jungen Mann mit guter Schulbildung, womöglich der polnischen Sprache mächtig, als Lehrling für Comptoir und Speicher. Selbstgeschriebene Offerten **sub Nro. 1000** an die Exped. d. Ztg.

In meinem Hause Breitestraße Nr. 86 ist eine Stube mit oder ohne Möbel zu vermiethen. **C. B. Dietrich.**

Eine möblirte Parterre-Wohnung, 1 Zimmer und Cabinet für 1—2 Herren, ist vom 1. Octbr. cr. zu vermiethen, Neustadt, Gerechtestraße Nr. 95.

Eine Wohnung, 4 Zimmer, Küche, Zubehör, vom 1. October zu vermiethen Breitenstr. 87 durch **M. Friedländer.**

Einladung zum Abonnement auf das IV. Quartal der

„Staatsbürger-Zeitung“
(Alte Held'sche)

Siebenter Jahrgang.

Die **Tendenz,** das **Programm,** die **leitenden Grundsätze,** der **Inhalt** und die **Darstellung** dieser seit **sieben** Jahren unter **derselben Leitung** und **Redaction** stehenden **politisch sozialen Zeitung** sind zur Genüge bekannt: Von ihrer Gründung an hat die **alte Held'sche** „Staatsbürgerzeitung“ die Rechte des **erwerbsthätigen** Volkes gegenüber Börsenschwindel und Parteityrannei, gegenüber Bedrückungen und Uebergriffen aller Art, ohne Ansehen der Person bis zum äußersten verfochten; mit patriotischem Eifer ist sie zugleich für **Macht** und **Einheit** wie für **Freiheit** und **Wohlfahrt** des deutschen Vaterlandes eingetreten, und ein Abonnement von über

25,000 Exemplaren

hat ihre Volksthümlichkeit bestätigt.

Unter Bruch der Verträge erlaubte sich aber am 8 Juni d. J. der Verleger, Liqueurfabrikant **R. F. Daubitz** die gewaltsame Entfernung des geistigen Gründers der Zeitung, Hrn. **Held,** und der gesammten bisherigen Redaction. Unter Aneignung der äußeren Form und des bisherigen Titels **„Staatsbürgerzeitung“** versuchte **Daubitz** seitdem, mit Hilfe einer aus den verschiedensten Elementen zusammengewürfelten neuen Redaction das Publikum mit einer **Nachbildung** unseres Werkes zu **täuschen.**

In freier genossenschaftlicher Vereinigung unter Direction ihres Chefredacteur **Held,** unter gleichmäßiger Betheiligung sämmtlicher Arbeiter an dem Reingewinn des Unternehmens, haben jedoch vom 9. Juni ab unter dem Titel

Staatsbürgerzeitung (Alte Heldsche)

dieselben Männer ihr Werk fortgesetzt, welche seit sieben Jahren jeder Mühe, jeder Anfeindung, jeder gerichtlichen Verfolgung zu trotzen wußten, wenn es galt, das Recht des Volkes zu vertheidigen. Sie bedingen diesen Act der **Nothwehr,** um sich und dem Publikum die Früchte einer siebenjährigen, mühevollen Arbeit nicht entwinden zu lassen. Und die **Hauptstadt** hat bereits gerichtet:

15,000 Abonnenten sind unserer **alten Held'schen** Staatsbürgerzeitung **treugeblieben;** kaum etwa 4000 sind noch für das verflossene Quartal von Daubitz gewonnen worden.

In der **Provinz** aber wurde einstweilen die **Täuschung** durch die eigenthümlichen Verhältnisse des Postdebits und dadurch begünstigt, daß **Daubitz uns** die Aufnahme jeder Kundgebung in seine Zeitung verwehrte, die **auswärtigen** Abonnenten also über die ganze Angelegenheit im Dunkeln blieben.

Wir bitten daher alle diejenigen, welche vom 1. October ab **die „Staatsbürgerzeitung in Tendenz, Programm, leitenden Grundsätzen, Inhalt und Redaction** halten wollen, auf welche sie bis zum 8. Juni d. J. abonnirt hatten, bei ihren resp. **Postämtern** (in **Berlin** bei den **Zeitungsspediteurs!**) die

„Staatsbürger-Zeitung“
(Alte Held'sche)

zu bestellen, und, da nöthig, hinzuzufügen, daß sich dieselbe im **sechsten Nachtrage** des Zeitungs-Preis-Courants der Post verzeichnet findet.

Die Redaction.

Die Buchhandlung
von
H. J. Sussmann & Sohn
in Posen

offerirt ferner nachstehende gute Bücher zu billigen Preisen.

188. **Gutenbergs-Album,** herausgegeb. von Dr. Heinrich Meyer. Lex. 8. Brnsch. 1840. hfrz. — 20.
189. — Dasselb., Pppb. — 15.
190. **Hahn,** L., Geschichte des prsch. Vaterlands; 5. A. Berl. 1860. 630 Seiten exclusive Tabellen u. Stammtafeln. 1. 10.
191. — Leitfaden der vaterländisch. Gesch. Berl. 1867. (10 Sgr.) — 6.
192. **Hahn,** W., Gesch. der poetischen Literatur. 4. Aufl. Berl. 1868. hlbd. ($1\frac{2}{3}$ Thlr.) — 25.
193. **Haller,** A. v., Versuch Schweizerischer Gedichte. Göttingen 1762. P. m. T. — 15.
194. Handbuch für Lehrer beim Gebr. der bibl. Gesch. 3 Thle. Schwelm. 1826/31. P. m. T. — 20.
195. Handlungsbriefe zum Uebersetz. ins Englische und Französische von Meeden. Hambg. 1857. broch. — 20.
196. Handelscorrespondenz, Leipz. enthaltend Briefe, Circulare, Wechsel, Fremdwörterb. 1858. Lnb. — 25.
197. **Harms,** Dr. Fr., Der Anthropoligismus in der Entwickelung seit Kant und Feuerbachs Anthroposophie. Lpz. 1845. hfr. ($1\frac{1}{2}$) — 15.
198. **Harnisch,** Dr. W., Der Volksschullehrer, für alle die, welche in Dtschl. leitend und lehrend in christlichen Volksschulwesen arbeiten. 1-5. 1825 bis 28. hfrz. ($7\frac{1}{2}$ Thlr.) 1. 20.
199. **Hausfreund,** Illustr. Familienblatt, herausg. von Hans Wachenhusen, 7. Jahrg. 1864. enth. Rouge et noir. Ein ungelöstes Räthsel. Zigeunerblut. Möwenpreis u. s. w. ($\frac{15}{16}$.) 1. —
200. — Derselb., XI. Jahrg. 1768. cplt. enth.: Der Fallensteller. Millionen über Millionen. Das Leben im Leuchtthor am verflucht. Schloss u. s. w. ($2\frac{2}{3}$ Thlr.) 1. 10.
201. — Derselb., VIII. Jahrg. 1. Sem. enth. Rosa dulcis. — Die Hexe von Girgenti. — Die Rose v. Sundewitt, Schlacht bei Torgau, Die Franzosenfalle etc. ($1\frac{1}{6}$ Thlr.) — 20.
202. **Hartig,** Dr. G. L., Forstliches und forstnaturwissensch. Conversations-Lexicon. Stuttgart 1836. hfrz. mit Portr. (6 Thlr.) 2. 10.
203. — Kubik-Tabellen für geschnittene, beschlagene und runde Hölzer nebst Geld- und Potenztabellen. Berl. 1859. Lnbd. 1. 15.
204. — Lehrb. f. Förster und für die es werden wollen. 3 Bde. Stuttgart 1840 in 3 hfrzb. (5 Thlr.) 2. —
205. **Hase,** C. A., Libri symbolici eccl. evang. sive concordia. Lpz. 1837. hfrz. 1. —
206. **Haselbach,** Praktisch. Thierarzneibuch nebst Einrichtung einer Haus- und Land-Apotheke. Posen 1861. P. ($1\frac{1}{3}$ Thlr.) — 25.

(Fortsetzung folgt.)

Bestellungen auf obige Werke nimmt auch die Buchhandlung von **Ernst Lambeck** in Thorn entgegen.

An die Welt!

Ich halte es für meine Pflicht, **ganz besonders in diesem Augenblicke** auf die wohlthuenden, heilkräftigen Wirkungen meines **Boonekamp of Maag-Bitter,** — **pure** und unvermischt vor Tisch und Abends vor Schlafengehen genossen, — aufmerksam zu machen.

Frei von allen drastisch wirkenden Substanzen ist mein **Boonekamp of Maag-Bitter** anerkannt das **einzige** und **beste Schutzmittel** gegen

Cholera, Cholerine, Brechruhr

und ähnliche böse Zufälle.

Derselbe ist **nur** in ganzen und halben Flaschen, sowie in Flacons (also **nie** in Krügen oder Gebinden) echt zu haben in Thorn bei Herrn **Benno Richter.**

Alle Flaschen ohne mein Siegel und ohne meine Firma sind falsch.

H. Underberg-Albrecht

am Rathhause in Rheinberg am Niederrhein,

Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen rc. rc. rc. Hoflieferant.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)

heilt **brieflich** der Specialarzt für Epilepsie Doctor **O. Killisch** in **Berlin** jetzt: Louisenstraße 45. — Bereits über Hundert geheilt.

Briefbogen mit der Ansicht von Thorn

à Stück 6 Pf. zu haben in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck.**

Gut mbl. Zim. zu verm. Kl. Gerberstr. 22.

Ein großes 3fenstriges Vorderzimmer zu vermiethen Brückenstr. 19.

---

1 Flüg. zu verm. Brb. Vorst. b. **Pastor,** 1 Tr.

Wer geneigt ist am 28. d. den Umzug einer Familie von der Altstadt nach der Neustadt zu übernehmen, der melde sich in der Exped. d. Ztg.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**